



Nr. 145.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

94. Jahrgang.

Erstausgabe: 6 mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die kleinste Seite 20 Btg.,

Donnerstag den 26. Juni 1919.

Bezugspreis: In der Stadt mit Beleglohn M. 2.55 vierteljährlich, Postbezugspreis im Orts- u. Nachbortortverkehr M. 2.75, im Fernverkehr M. 2.85, Bestellgeld 30 Btg.

Nach der Annahme der Friedensbedingungen.

Die voraussichtlichen Formalitäten der Unterzeichnung.

Paris, 25. Juni. (Havas.) In dem Bericht über die diplomatische Lage heißt es, daß man die Unterzeichnung des Friedensvertrages für Freitag oder Samstag Morgen erwartet. Italien wird durch Tittoni, Ferraris, Marconi und Crespi vertreten sein. Die italienische Delegation trifft am Freitag in Paris ein. Die Unterzeichnung wird nicht länger als eine Stunde dauern, da die Siegel bereits vorher an dem Dokument angebracht werden. Der Versand der 400 Einladungen für die Unterzeichnung ist bereits geregelt worden. Danach erhalten die Franzosen, Amerikaner, Engländer und Italiener je 30 Platzkarten, die Japaner 20 Platzkarten, während die übrigen am Kriege teilgenommen habenden Staaten sich in den Rest der Plätze teilen. Wilson hat den Wunsch geäußert, Frau, Tochter und Sekretärin an der Unterzeichnung teilnehmen zu lassen. Französischerseits werden außer den Friedensdelegierten, die Mitglieder der Regierung, Marshall Foch, Petain und die Generale, die Armeegruppen befehligen, teilnehmen. — Die türkische Delegation hat eine Note überreicht, in der sie ihre Stellung zu den Friedensbedingungen darlegt.

Die oberste Heeresleitung und die Annahme der Friedensbedingungen.

Berlin, 25. Juni. Von der Obersten Heeresleitung wird heute mitgeteilt: In der Nacht vom 24.—25. Juni um 1 Uhr vorm. teilte Generaloberst Ludowig im Auftrage des Reichspräsidenten dem Ersten Generalquartiermeister telefonisch mit, daß die Entente unsere Vorbehalte zurückgewiesen habe. Die D. S. L. werde um Stellungnahme zu der nunmehr geschaffenen Lage gebeten. 2 1/2 Uhr vorm. ist folgende Stellungnahme von Generaloberst Ludowig an die Reichsregierung abgegeben: „Reichspräsident Ebert, Weimar. Am 20. Juni ist dem Herrn Reichswehrminister folgende Erklärung überreicht worden: Großes Hauptquartier, 17. Juni: Wir sind bei der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten militärisch in der Lage, im Osten die Provinz Posen zurückzuerobern und unsere Grenzen zu erhalten. Im Westen können wir bei ernstlichem Angriff unserer Gegner, angesichts der numerischen Überlegenheit der Entente und deren Möglichkeit, unsere beiden Flügel zu umfassen, kaum auf Erfolg rechnen. Ein günstiger Ausgang der gesamten Operationen ist daher sehr fraglich. Aber ich muß als Soldat einen ehrlichen Untergang einem schmachvollen Frieden vorziehen. (Geg.) v. Hindenburg.“ Auch ist bei einer Besprechung in Weimar am 19. v. a. allen anwesenden Kommandobehörden dem Reichswehrminister gegenüber zum Ausdruck gebracht worden, daß eine große Anzahl von Offizieren und freiwilligen Truppen einer Regierung den Dienst aufzugeben würde, die die Schmachparagrafen annimmt. Bei dieser Kundgebung waren zugegen: der preussische Kriegsminister, die D.S.L., die Oberkommandierenden Nord und Süd, die Armeegruppe Below, das Generalkommando Rüttwig, die obersten Militärbefehlshaber von Bayern und Sachsen und der Chef der Admiralität. An dieser Stellungnahme der D.S.L. hat sich seitdem nichts geändert. (Geg.): v. Hindenburg.“ — Am 23. berichtete gegen 10.30 Uhr vorm. der Verbindungsoffizier der D.S.L., Major v. Felbmann, aus Weimar folgendes: 1. Der Reichswehrminister ist nach Weimar zurückgekehrt. 2. Beim Reichspräsidenten Erklärung von heute Nacht wiederholt, daß die D.S.L. auf ihrem Standpunkt bestehen bleibt. Der Reichspräsident sagte darauf, daß er diese Erklärung erwartet habe, und schilderte die Lage so, daß ein Teil des Zentrums und der Sozialdemokratie die Annahme des Friedens erklären würden. Major v. Giffa erläuterte die militärische Lage dahin, daß die Truppen jedenfalls in ihrer großen Masse sich der Haltung der Regierung anschließen könnten und daß General v. Rüttwig die Stellungnahme der D.S.L. teile. Der Osten würde wohl sicher den Kampf aufnehmen. 3. General v. Rüttwig habe vorher dem Reichswehrminister telefonisch mitgeteilt, daß er und seine Offiziere noch nicht darüber schlüssig seien, ob im Augenblick es angezeigt sei, den Abschied zu nehmen; denn es befände die Gefahr, daß die führerlosen Truppen bolschewistisch würden. Es sei aber mit Sicherheit zu erwarten, daß die Masse der guten Truppen im Falle der Annahme gegen die Regierung Stellung nehmen würde. General v. Rüttwig würde es sehr bedauern, wenn sich diese Stellungnahme auch gegen den Minister Roske richten müßte. — Kurz vor 12 Uhr mittags telefonierte der Reichspräsident den Ersten Generalquartiermeister persönlich an und teilte ihm in ähnlichen Worten mit, daß Zentrum und Sozialdemokratie sich wahrscheinlich für die Annahme erklären würden. Er bitte nochmals um Auskunft, welche Stellung die Truppen hierzu einnehmen würden. Man befürchte

nach den Mitteilungen des Generals v. Rüttwig an den Reichswehrminister Militärereignisse. Auf diese Frage erfolgte um 12 Uhr mittags die nachstehende Antwort des Ersten Generalquartiermeisters, nicht in seiner dienstlichen Eigenschaft, sondern, wie er ausdrücklich erklärte, als Deutscher, der die Gesandtschaft klar übersehe, er sei verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß bei einem Kampf nach dorübergehenden Erfolgen im Osten ein Enderfolg ausgeschlossen sei und daß nun Herr Roske in einem öffentlichen Auftrage die Notwendigkeit des Friedensschlusses darlegen und von jedem Offizier und Soldat verlangen würde, daß er bei Unterzeichnung des Friedens im Interesse der Rettung des Vaterlandes auf seinem Posten bleiben und seine Schuldigkeit gegenüber dem Vaterland tun müsse. Aussicht bestehe, daß das Militär sich hinter ihn (Roske) stelle und damit jede neue Umsturzbewegung im Innern, sowie Kämpfe nach außen, im Osten, verhindern würde. — Weitere Schritte der D.S.L. sind in der Friedensfrage nicht getan worden.

Hindenburgs Rücktritt.

Köln, 25. Juni. Generalfeldmarschall von Hindenburg hat an den Reichspräsidenten folgende Dringung gerichtet: Herr Reichspräsident! Auf mein Schreiben vom 1. 5. 19 haben Sie mir Zustimmung dazu erteilt, daß ich mich nach Unterzeichnung des Friedens in das Privatleben zurückziehe. Ich lege daher nunmehr den Oberbefehl nieder. Dem preussischen Herrn Kriegsminister habe ich eine Abschrift dieses Telegramms zugehen lassen. Geg. von Hindenburg.

Köln, 25. Juni. Generalfeldmarschall von Hindenburg richtet folgende Abschiedsrede an seine Truppen: Soldaten! Ich habe mich jederzeit der Regierung gegenüber dahin ausgesprochen, daß ich als Soldat den ehrenvollen Untergang einem schmerzlichen Frieden vorziehen muß. Diese Erklärung bin ich Euch schuldig. Nachdem ich schon früher meine Absicht kund getan hatte, nach erfolgter Friedensentscheidung wieder in den Ruhestand zurückzutreten, lege ich nunmehr den Oberbefehl nieder. Ich gedenke bei meinem Scheiden vor allem benetzten Herzens der langen Jahre, in denen ich drei königlichen und kaiserlichen Kriegsherrn dienen durfte. Zeiten stiller und rühmiger Friedensarbeit, deutschen Aufstiegs, großer Siege und jähren Ausbarrens stehen mir dabei vor Augen. Ich gedenke aber auch mit tiefem Schmerz der traurigen Tage des Zusammenbruchs unseres Vaterlandes. Die hingebende Treue und das Vertrauen, mit denen Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften neben mir standen, waren mir ein Lichtblick in dieser namenlos schweren Zeit. Dafür gebührt Euch allen, darunter nicht zuletzt den Freiwilligenverbänden, die unentwegt die Wacht an der Ostfront hielten, mein unaussprechlicher Dank. Mit diesem Dank verbinde ich aber noch eine Bitte für die Zukunft. Wie der Einzelne bei sich über die Ereignisse der letzten Tage denkt, ist seine Sache. Für sein Handeln darf es aber nur eine Richtschnur geben, das Wohl des Vaterlandes. Noch steht unser Volkstum in schwerer Gefahr. Die Möglichkeit, die innere Ruhe zu wahren und zu fruchtbringender Arbeit zu gelangen, hängt wesentlich von der Festigkeit unserer Wehrmacht ab. Diese Festigkeit zu erhalten, ist daher unsere erste Pflicht. Die persönlichen Anschauungen, so schwer es auch fallen mag, müssen zurückgestellt werden. Nur durch einmütige Arbeit kann es mit Gottes Hilfe gelingen, unser armes deutsches Vaterland aus tiefster Erniedrigung wieder besseren Zeiten entgegenzuführen. Leb! Wohl, ich werde Euch nie vergessen! Geg. von Hindenburg.

Die erzwungene Verringerung des deutschen Heeres.

Berlin, 24. Juni. Das Kriegsministerium veröffentlicht einen Erlass, wonach die für das deutsche Heer besonders schmachvollen Bedingungen von den Soldaten mit ihrer Ehre nicht in Einklang gebracht werden könnten. Es müßten aber persönliche Bedenken zurückgestellt werden, weil die dringlichste Pflicht gegen das Vaterland die Aufrechterhaltung der Ordnung und Ruhe und die Weiterführung des laufenden Dienstes es erfordern. Um das beschleunigte Ausscheiden der Offiziere aus dem Dienste zu erleichtern, wird bestimmt: 1. Sämtliche preussische Generale können vom heutigen Tage an ihre Stellung zur Disposition unmittelbar beim Personalamt des Kriegsministeriums ohne weitere Formalitäten beantragen. Dieses Recht läuft am 23. 7. ab. Die Entscheidung über die Genehmigung hängt von der Möglichkeit des Erfolges ab. 2. Da dieser Weg für die Gesamtheit der Offiziere, Sanitätsoffiziere, Veterinäroffiziere und Beamten nicht durchführbar ist, muß es für diese, ebenso wie für die Unteroffiziere und Freiwilligen bei dem bisherigen Dienstwege bleiben. Jedoch können die Gesuche um Verabschiedung in aller-einfachster Form eingereicht werden. 3. Alle Versorgungsansprüche bleiben unberührt bestehen.

Fortsetzung der französischen Bestrebungen nach Schaffung einer Rheinrepublik.

(M.B.) Berlin, 26. Juni. Aus Frankfurt a. M. wird dem „S. L. A.“ berichtet, nach rheinischen Nachrichten deuten alle Anzeichen darauf hin, daß die französischen Militärbehörden den Versuch zur Schaffung einer rheinischen Republik wieder aufzunehmen im Begriffe sind. Nachdem General Mangin sich vor kurzem bereit hatte, seine Neutralität zu erklären, stellt sich jetzt plötzlich die Zensur wieder schlagend vor Herrn Dorian und seinen Bestrebungen. Dieser Präsident ohne Land reist rheinwärts und rheinabwärts, verteilt Flugblätter in Massen und hält Versammlungen ab. Auch in Hochheim a. Main arbeitet der Präsident Dorian mit Hochdruck.

Das französische Gewaltprinzip.

(M.B.) Versailles, 25. Juni. Der Vertreter der „Deutschen Tageszeitung“ in Versailles, Wih. Scheuermann, wurde heute nachmittag gegen 6 Uhr, als er in das Hotel „Batel“ zurückkehrte, von einem Agenten des Sicherheitsdienstes im Auftrage des Militärgerichts in Paris ohne Angabe von Gründen verhaftet. Die deutsche Delegation hat, da sie auf dem Standpunkt steht, daß die im Gefolge der Delegation befindlichen Journalisten unter dem Schutze der Exterritorialität stehen, insbesondere, da ihre Namen vor der Abreise der Delegation nach Versailles der französischen Regierung bekanntgegeben wurden, in einer Note gegen die Verhaftung protestiert.

Frankreich fordert Entschädigung für die ihm entgangene deutsche Flotte.

(M.B.) Versailles, 25. Juni. „Journal“ meldet: Der Marineminister Lagues im Kriegsmarineauschuß der Kammer erklärte, Frankreich habe beschlossen, um Deutschland volle künftige Wiedergutmachung für die Versenkung der deutschen Kriegsschiffe in Scapa Flow zu verlangen. — (Was geht das Frankreich an?)

Die Verteilung der deutschen Handelsflotte.

Brüssel, 25. Juni. (Havas-Neuter.) In der Kammer erklärte auf Interpellation der Ministerpräsident, Belgien habe um die Zuweisung von 300 000 Tonnen der von Deutschland abgetretenen Handelsflotte gebeten und die Verfertigung erhalten, daß es vollumfänglich berücksichtigt werden solle. Die Zuweisung der Schiffe könne jedoch erst nach Friedensschluß erfolgen.

Propagandastatistik des Ententewirtschaftsrats.

Paris, 25. Juni. (Havas.) Der oberste Wirtschaftsrat prüfte eine Note der deutsch-österreichischen Regierung, welche mitteilt, daß kürzlich von der Regierung in Budapest große Mengen Gold und selbst Wertpapiere der österreich-ungarischen Bank beschlagnahmt worden seien. — Der Rat beschloß, Litauen mit Kolonien und vollem Material zu versehen. Ferner wurde beschlossen, alles Material zu senden, dessen der polnische Dienst für die Volksgesundheit im Kampfe gegen den Typhus bedarf. — Der Generaldirektor des Versorgungswesens Hoover unterbreitete seinen Bericht über die Resultate der Versorgung Europas vom 31. Dezember 1918 bis 31. Mai 1919. Die Gesamtheit der in dieser Periode verteilten Lebensmittel beträgt 2 468 230 Tonnen in Werte von 620 151 000 Dollars, die 512 Schiffsladungen entsprechen. Maßnahmen zur Beseitigung der verzweifelten Lage in Afrika und in den baltischen Provinzen sind in ganzem Umfange getroffen. Die Ernährung der ausgehungerten Kinder wird durchgeführt. Sie umfaßt die Zahl von 4 Millionen. Hoover hofft, die Versorgung Europas bis zur neuen Ernte gesichert werden, bevor sich eine Hungersnot geltend mache. — Jetzt nachdem die Alliierten Europa in die schwerste Hungersnot getrieben haben, ehen sie sich den Ansehen, als Retter aufzutreten.

Deutschlands Vermögen in englischer Schätzung.

Die Statistik-Gesellschaft in London hat das Vermögen verschiedener Länder berechnet; darnach betrug Deutschlands Volkvermögen rund 330 Milliarden M. Pro Kopf sind das 5000 M. Das Nationaleinkommen belief sich auf 43 Milliarden M. pro Kopf 600 M. Sollen solche statist. Berechnungen aber eine Grundlage dafür sein, was Deutschland heute zu zahlen imstande ist, so muß betont werden, daß der schönen papierernen Theorie von damals heute ein verarmtes deutsches Volk gegenübersteht, das wirtschaftlich vernichtet werden soll. Deutschland von heute und morgen ist nicht das von gestern und vorgestern!

Englische Moraltheorie.

Amsterdam, 25. Juni. Nach englischen Blättern vom 23. ds. Mts. hat der Internationale Frauenbund auf dem Trafalgar Square in London zwei Versammlungen abgehalten, in denen der Friede

sen
arze
n
ion.
ng.
Leinach
käft
in allen
ein, mir
Behand-
eschäft.
mirt
ne
men?
te?
teile?
lung
on 41
adt
milien-
aus
er, Elektr. Licht
Obstgarten, wird
ufen gesucht
er sofort oder 1.
bote mit Preis-
öhe bietet man
sstelle des Bl.
ung!
Wurf junger,
unde,
er, dabei zahlr
e aber Lugins
geschlossen.
Wohlgemuth,
urg v. Calw.
Milk-
Schweine
Freitag Mittag
zur Krone,
heim.
ulach.
17 Monate alles
Zucht-
Rind
Karl Koller

Ämtliche Bekanntmachungen.

Oberamtliche Bekanntmachung bezt. Untersuchung sämtlicher Pferde auf Seuchen.

Die (Stadt-)Schultheißenämter werden im Hinblick auf den bevorstehenden Beginn der Untersuchungen angewiesen, die neu aufgestellten Pferdeverzeichnisse so zeitig abzuschließen und hierher einzusenden, daß sie spätestens am 1. Juli d. J. beim Oberamt eingegangen sind.

Calw, den 25. Juni 1919.

GöS.

Oberamt Calw.

Betreffend Ueberteuerungszuschüsse für Notstandsarbeiten.

Nach Ziffer 6 der Verfügung des Arbeitsministeriums, betreffend Ueberteuerungszuschüsse, vom 25. Februar 1919, werden Ueberteuerungszuschüsse nur für denjenigen Teil der Arbeiten gewährt, die bis zum 15. Juli bzw. 15. August 1919 tatsächlich ausgeführt sind. Diese Fristbestimmung hat zu Schwierigkeiten geführt. Das Reichsfinanzministerium (Notstandsarbeiten) hat sich deshalb neuerdings mit einer weitergehenden Gewährung der Ueberteuerungszuschüsse einverstanden erklärt.

Auf Grund hiervon wird folgendes bestimmt:

- Ueberteuerungszuschüsse werden in der in Ziffer 5 unten festgesetzten Beschränkung auch für nach dem 15. Juli bzw. 15. August 1919 ausgeführte Arbeiten gewährt, keinesfalls aber für nach dem 31. Dezember 1919 ausgeführte Arbeiten.

- Die Frist wird nicht allgemein bis 31. Dezember 1919, sondern nur für den Einzelfall und nur insoweit verlängert, als es dessen Verhältnisse erfordern.

- Für Arbeiten, für welche Feststellungsbescheide (Ziffer 10 der Verfügung vom 25. Februar 1919) schon erlassen sind, kommt der Erlass ergänzender Feststellungsbescheide in Frage.

Der Erlass erfolgt nur auf begründeten Antrag. Die Anträge müssen beim Arbeitsministerium, Abteilung für Arbeitsbeschaffung, sobald als möglich, spätestens bis 15. Juli 1919, mit den einschlägigen Akten, insbesondere Plänen und Kostenschätzungen, eingereicht werden. Sie müssen begründete Vorschläge für die Festsetzung der Frist (Ziff. 2 oben) enthalten.

Nach dem 15. Juli 1919 einlaufende Gesuche werden nicht mehr berücksichtigt.

- Anträge, die der Abteilung bereits vorgelegt, auf die aber Feststellungsbescheide noch nicht erlassen sind, sind von den Gesuchstellern innerhalb desselben Termins und in derselben Weise (Ziffer 3 dritter Absatz) zu ergänzen.

- Die Verlängerung der Frist für die Zuschußgewährung, Ziffer 1 oben, wird, vorbehaltlich der Bestimmung in Ziffer 6, ausgeschlossen für Unternehmen mit weniger als 10 000 M. zuschußberechtigter Friedenskosten.

Für solche Unternehmen werden, auch sofern Anträge auf Ueberteuerungszuschüsse bereits eingereicht worden sind, Zuschüsse nicht mehr bewilligt, es sei denn, daß die betreffende Arbeit mit Rücksicht auf den erwarteten Zuschuß schon in Angriff genommen ist.

- Ausgenommen von der Beschränkung der Ziffer 5 sind Unternehmen, die von den Vorparagrafen auf Grund der Verf. des Arbeitsministeriums über Fortschußzuschüsse vom 1. März 1919 (Nr. 53 des Staatsanzeigers) veranlaßt oder angeregt worden sind. Sie sind, gleichgültig wie hoch der Betrag der Friedenskosten ist, zur Zuschußberechtigung zu erklären.

als ein Gewaltfriede verurteilt wurde und die Anwesenden sich für die Schaffung eines Verständigungsfriedens verpflichteten. In den bei dieser Gelegenheit gehaltenen Reden wurde u. a. gesagt, daß die englischen Behörden viel mehr Grauel verursacht haben, als Deutschland vorgeworfen würden. Die Friedensbedingungen seien ein Verbrechen gegen die Zivilisation, und wenn man auf sie bestehen würde, würden sie auf die alliierten Länder zurückgreifen. In manchen Beziehungen seien die Arbeiter in Deutschland und Ungarn besser daran als in den Ländern der Sieger; denn dort sei der Militarismus besiegt. Diese Bemerkung wurde mit Beifall aufgenommen.

Der Verlauf der künftigen Ostgrenze Deutschlands.

Berlin, 25. Juni. Nach der dem endgültigen Friedensvertrag beigegebenen amtlichen Karte sind am Verlaufe der Ostgrenze Deutschlands die nachstehenden Veränderungen vorgenommen worden: Die Ostgrenze setzt an der Ostsee an der Niemindeung ein, läuft durch den Jarnowitzer See und erreicht südwestlich von Barlau die pommerisch-westpreussische Grenze, der sie bis östlich W. Briesen südwestlich von Bätow folgt. Von hier geht die Grenze nach Südosten, so daß Groß-Peterlau, Steinfort, Neuguth und Campohl bei Deutschland bleiben, Kelpin und Konarzin an Polen fallen. Dem Fußlaufe der Brahn nach Osten folgend, wird die im ersten Vertrage festgelegte Grenze nördlich Konitz erreicht. Niesewanz bleibt bei Deutschland, Konitz fällt an Polen. Südlich Konitz verfolgt die Grenzlinie eine andere Richtung, d. h. die Bahnlinie Konitz-Platow-Krojanke-Schneidemühl bei Deutschland bleibt. Die Grenze überschreitet die Bahnlinie Jemzuid südlich Konitz und verläuft so, daß die Orte Grunau-Vod-Battow-Gzislowo und Groß-Buhig bei Deutschland bleiben und der Nogatfluß und später die bisherige westpreussisch-pommerische Grenze bis zum Wakunter-See westlich Stahren die Grenze bildet. Von hier zieht sich die Grenze in gerader, südwestlich gerichteter Linie nach der Einmündung der Kuebow in die Neke nördlich Uch, welches an Polen fällt. Sie folgt dann der Neke bis zur brandenburgischen Grenze südlich Kreuz, wobei Czarnikau und Flehne an Polen fallen, und schließt sich im weiteren Verlaufe nach Süden dem ersten Vertragsentwurf an, bis zu dem Punkte, wo die schlesische Grenze östlich Wersdorf erreicht wird. Sie folgt nunmehr der alten Posen-Schlesischen Grenze d. h. der schlesische Zipfel nordöstlich von Tschienau und die ganze Bahnlinie Bissa-Kawitz an Polen fällt. Im übrigen bleiben die schlesischen Kreise Gubrau und Militsch bei Deutschland. Bei dem Orte Bogdaj westlich Abelnau greift die Grenze wieder in schlesisches Gebiet ein, d. h. d. h. die Orte Mohzenow, Johannisdorf, Konradsau, Tschöben, Meßer, Wypin.

Kosten ist, zuschußberechtigt und es gelten für sie die Bestimmungen der Ziffer 1-4 oben. Die Fristbestimmung der Verfügung des Arbeitsministeriums, betreffend Ueberteuerungszuschüsse zu Notstandsarbeiten in Waldungen vom 13. Mai 1919 (Staatsanzeiger Nr. 108 von 1919) ist für diese Unternehmen hienach aufgehoben und durch die Bestimmung in Ziffer 3 dritter Absatz oben, ersetzt.

Nach Ziffer 2 dritter Absatz der Verfügung des Arbeitsministeriums vom 25. Februar 1919 sind nur Arbeiten zuschußberechtigt, bei denen die Aufwendungen für Material gegenüber den Aufwendungen für Löhne stark in den Hintergrund treten. Als „Löhne“ sind Fabrikationslöhne nicht zu betrachten, es sei denn, daß die Materialherstellung mit dem Notstandsunternehmen in unmittelbarem und räumlichem und zeitlichem Zusammenhang steht (z. B. Steinbruchbetrieb für Straßenbau). Um aber zu verhindern, daß Arbeiten, deren Kosten sich überwiegend aus Materialkosten zusammensetzen, die jedoch volkswirtschaftlich gerechtfertigt sind und der Beschäftigung Arbeitsloser dienen, infolge völliger Veragung des Ueberteuerungszuschusses unausgeführt bleiben, wird im Einverständnis mit dem Reichsfinanzministerium (Notstandsarbeiten) bei der Berechnung des Zuschusses in solchen Fällen verfahren, daß einzelne Positionen der Materialkosten abgesetzt werden, bis — nach den Friedenspreisen berechnet — Materialkosten und Löhne sich äußerstenfalls noch die Waage halten. Für die spätere Abrechnung sind dann nur die zugelassenen Positionen des Voranschlags maßgebend. Die Kostenschätzungen müssen die Gesamtlöhne des Unternehmens den übrigen Kosten gegenübergestellt werden.

Auch elektrische Unternehmen werden nur im Rahmen obiger Grundsätze unterstützt. Ortsnebe und Hausanschlüsse werden als zuschußberechtigter Unternehmer nach wie vor nicht anerkannt.

In Ergänzung von Ziffer 1 der Verfügung des Arbeitsministeriums vom 25. Februar 1919 wird bestimmt, daß Ueberteuerungszuschüsse auch gemeinnützigen Sieblungsunternehmen gewährt werden können, sofern es sich bei den auszuführenden Notstandsarbeiten um Erd-, Entwässerungsarbeiten und Straßenbauten handelt und für diese Arbeiten aus den Mitteln des Reichskommissars für das Wohnungswesen keine Zuschüsse gewährt werden (zu vergl. Verfügung des Ministeriums des Innern betreffend Gewährung von Baukostenzuschüssen für Wohnungsbauten vom 15. Januar 1919 Nr. 36 Beilage des Staatsanzeigers von 1919).

Die Zuschüsse betragen fünf Sechstel der nach Ziffer 3 der Verfügung vom 25. Februar 1919 berechneten Ueberteuerung und zwar trägt das Reich drei Sechstel, der Staat zwei Sechstel, so daß ein Sechstel der Ueberteuerung dem Unternehmer zur Last fällt.

Auf Grund einer neuerlichen Bestimmung des Reichsfinanzministeriums (Notstandsarbeiten) werden außerordentliche Ausbesserungen von öffentlichen Straßen und Wegen, d. h. Ausbesserungen, die über den Rahmen gewöhnlicher Unterhaltungsarbeiten hinausgehen, welche bisher nur zuschußberechtigt waren, wenn sie außerhalb Eiters ausgeführt worden sind, auch innerhalb Eiters als zuschußberechtigter öffentlicher Notstandsarbeiten anerkannt. Ziffer II, 1 der Verfügung des Arbeitsministeriums betreffend Ueberteuerungszuschüsse vom 8. Mai 1919 (Staatsanzeiger Nr. 103 von 1919) ist hienach abgeändert.

Den 21. Juni 1919.

Oberamt: GöS.

Bekanntmachungen der Zentralstelle Handwerkerkurse.

Die Zentralstelle für Gewerbe und Handel beabsichtigt, im Fall genügender Beteiligung in den Monaten August und September d. J. folgende Handwerkerkurse abzuhalten:

- für Buchbinder:
 - im Marmorieren (Meißel- und Tunkverfahren), Dauer 6 Tage,
 - im Hand- und Preßergolden, einschließlich Follen- und Farbendruck, Dauer 6 Wochen;
- für Schreiner:
 - in Maschinenbehandlung, Dauer 1 Woche,
 - im Möbelschneiden, Kalkulieren, Belagen und Färben von Hölzern, Maschinenarbeit und leichte Dreherarbeiten, Dauer 6 Wochen;
- für Buchmacherinnen:

im Herstellen von Sutformen und Garnieren derselben, nebst Materiallehre, Dauer 4 Wochen;
- für Schuhmacher:

im Musterzeichnen, Zuschneiden und Schästemachen, Dauer 3 Wochen.

Die angegebenen Kurse finden in Stuttgart statt. Der Unterricht in allen Kursen ist ganztägig. Die Teilnehmer haben während der ganzen Kurszeit anwesend zu sein. Zu den Kursen werden im Lande anfangs, selbständige Handwerker und ältere Gesellen, in erster Linie Kriegsteilnehmer, zugelassen.

Für die Teilnahme an den Kursen wird ein Unterrichtsgeld nicht erhoben. Außerhalb des Kursorts wohnenden, minderbemittelten Teilnehmern wird auf Ansuchen ein Beitrag zur einmaligen Her- und Rückreise an den Ort der Abhaltung des Kurses gewährt. Besonders bedürftigen und nicht am Kursort oder seiner näheren Umgebung wohnhaften Kursteilnehmern kann außerdem noch eine Unterstützung zu ihrem Mehraufwand für den Aufenthalt am Kursort eingereicht werden, wenn ihre besondere Bedürftigkeit nachgewiesen wird und der Kurs länger als 1 Woche dauert. Gesuche um Unterstützungen sind gleich bei der Anmeldung anzubringen; nachträglich vorgebrachte Gesuche können in der Regel nicht mehr berücksichtigt werden.

Anmeldungen zur Teilnahme an den Kursen sind bis spätestens 15. Juli 1919 an die Zentralstelle für Gewerbe und Handel in Stuttgart einzureichen. Die Gemeindebehörden und die Vorstände der gewerblichen Vereinigungen werden ersucht, etwa bei ihnen einkommende Anmeldungen für jeden Kurs gesondert vorzulegen. Soweit wegen besonderer Bedürftigkeit um einen Beitrag zu den Kosten des Aufenthalts am Kursort nachgesucht werden will, wäre bei der Anmeldung auch Auskunft über Vermögens- und Familienverhältnisse des Gesuchstellers bezw. auch seiner Eltern zu geben.

Aus den Anmeldungen sollen im übrigen ersichtlich sein: Name, Beruf, Berufstellung (ob selbständig oder Geselle), Wohnort und Alter der Angemeldeten, sowie die Dauer ihrer seitberigen gewerblichen Tätigkeit und die abgelegten Prüfungen im Handwerk.

Die gewerblichen Vereinigungen werden ersucht, ihre Mitglieder auf diese Bekanntmachung in geeigneter Weise aufmerksam zu machen.

Stuttgart, den 5. Juni 1919.

J. D. Kraß.

Schreibersdorf, Groß-Rosel, Schleiße und Stundendorf an Polen fallen, während Neumittelwalde und Groß-Wartenberg bei Deutschland bleiben. Desgleichen bleiben bei Deutschland die Orte Neesewitz, Dolbersdorf, Kamitz, Lorenzdorf, Strelitz, Ebersdorf, Schwitz; während Kunzendorf, Trembatschau, Reichal an Polen fallen. Südlich Schwitz folgt die Grenze des ober-schlesischen Gebietes der alten im ersten Vertrage festgelegten Grenze.

Die französische Einkreisungspolitik im Osten.

Prag, 23. Juni. „Ceslo Slovo“ veröffentlicht eine Aeußerung des tschecho-slowakischen Ministers des Äußeren Bereich über die zukünftige tschecho-slowakische Politik, welche einer festausgebauten nationalen Verteidigung bedürfe, um in Mitteleuropa ein neues politisches System zu errichten, mit dessen Hilfe sich die kleinen Völker wechselseitig ihren Bestand und ihre Entfaltung sichern könnten. Die Tschechen würden sich zu diesem Zweck mit Polen, Rumänien und Südslawen vereinigen und im Osten Deutschlands die Rolle spielen müssen, die Frankreich im Westen spiele. — Diese Politik ist das Ergebnis französischer Arbeit vor und während des Krieges, während wir dort mit dynastischen Experimenten Dilettantismus getrieben haben.

Die Kämpfe zwischen Ungarn und Tschechoslowaken.

Prag, 24. Juni. (Tschecho-slowakisches Pressebureau.) Südlich von Lisobez wurde der Feind nach heftigen Angriffen, die den ganzen Tag dauerten, durch unseren Gegenangriff in Unordnung gegen Süden zurückgeschlagen.

Die Türkei verlangt Erhaltung der Unversehrtheit ihres Gebiets.

(W.B.) Versailles, 25. Juni. Wie „Matin“ erzählt, hat die türkische Delegation der Friedenskonferenz eine Denkschrift zukommen lassen, in welcher sie die Erhaltung der territorialen Unversehrtheit des Osmanischen Reiches fordert. Die Delegation erklärte sich bereit, Syrien eine gewisse Autonomie zu gewähren und im passenden Augenblicke mit England Verhandlungen zu beginnen, um das Schicksal Ägyptens und Cyperns festzusetzen.

Amerikanisches.

Frankfurt, 24. Juni. Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus New York: Der Kongreß ist dabei, die Beschuldigungen gegen den Bundesanwalt Palmer zu untersuchen, wonach dieser als Verwalter des feindlichen Eigentums große deutsche Niederlassungen weit unter Wert an persönliche Freunde verkauft habe. Es wurde bei dieser

Untersuchung unter Eid bezeugt, daß Palmer die Bosch-Magnet-Company, die Zweiganstalt der großen Stuttgarter Firma Robert Bosch & Co. für nur vier Millionen losgeschlagen habe, obgleich ihr wirklicher Verkaufswert 15 Millionen betrage. — Wer immer noch glaubt, Amerika sei wegen dem U-Bootkrieg in den Krieg gegangen, dem möge hier ein typisches Beispiel zeigen, um was es den Amerikanern gegangen ist. Neben England war es Amerika, das die hochentwickelte deutsche Industrie vernichten wollte, die dem Vantee in der ganzen Welt Konkurrenz machte. Der deutsche Michel aber hat das nicht gemerkt. Und jetzt wird das recht eingehend besorgt.

Bermischtes.

Selbstmorde Deutscher in Elßaß-Lothringen.

(W.B.) Berlin, 26. Juni. Laut „B. Z.-M.“ besagen Entenachrichten aus Straßburg, daß, als bekannt wurde, daß der Friedensvertrag unterzeichnet werden solle, eine Anzahl Selbstmorde von Deutschen aus Elßaß-Lothringen gemeldet werden. Auch aus andern Städten treffen gleichartige Meldungen ein.

Meuterungen in englischen Soldatenlagern.

(W.B.) Berlin, 25. Juni. Dem „Berl. Tgbl.“ wird aus Haag gemeldet: In Surrey Camp in England meuterten 4000 Mann. 400 Soldaten wurden von zwei besonders dazu beauftragten Bataillonen verhaftet und 1800 weitere Mann zwangsweise aus dem Lager fortgeschafft. Schon vor zehn Tagen hatten die jetzt offen meuternden Soldaten aus fünf Mann einen Soldatenrat gebildet. Angeblich gehen die Ursachen von früheren Munitionsarbeiten aus, die jetzt einbezogen sind, um die in Frankreich stehenden Soldaten zu ersetzen.

Deutschland.

Eine Mahnung der sozialdemokratischen Partei Berlins an die Arbeiter.

Der Vorstand des Bezirksverbandes Groß-Berlin der Sozial. P. D. richtete im „Vorwärts“ eine Mahnung an alle Arbeiter und Parteigenossen, in der es heißt: Gegenwärtig wird von den Kommunisten und Unabhängigen wieder eifrig Stimmung für einen neuen Generalstreik gemacht. Dazu sollen besonders die gegenwärtigen erhöhten Lohnforderungen der Straßenbahner und Eisenbahner dienen. Vor allem glaubt man, daß es durch einen Streik der Eisenbahner gelingen dürfte, nicht nur das Wirtschaftsleben lahmzulegen, sondern auch die

Gerung zu stützen. Da die Stimmung bei den Eisenbahnern über den Streik nicht besonders günstig ist, versucht man, sie durch alle möglichen Zusagen für den Streik zu gewinnen. Man wännte dem deutschen Volk und gar dem Proletariat zur Zeit kein größeres Unglück zufügen, als wenn im gegenwärtigen Augenblick gerade nach Friedensschluss das Wirtschaftslieben durch einen politischen Streik aufs schwerste erschüttert würde. Ein solcher Streik wäre geradezu ein Verbrechen an der deutschen Volkswirtschaft und an der Arbeiterchaft. Wir warnen unsere Parteigenossen und alle besonnenen Arbeiter dringend, sich für einen solchen Streik einzusetzen zu lassen. Im Gegenteil erwarten wir, daß die denkenden Arbeiter alles daran setzen werden, um den Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft tatkräftig zu unterstützen und dadurch auch die Möglichkeit der Sozialisierung zu schaffen.

Schlimme Zustände in Hamburg.

Hamburg, 25. Juni. Der gestern Abend gemachte Versuch, die Wäse in Brand zu stecken, führte nur ein kleines Schandfeuer herbei, das bald gelöscht wurde, obgleich die Menge der Feuerwehrautomobile nicht heranlassen wollte. Auch am heutigen Mittwoch morgen dauerten die Schießereien an. Flintenschüsse wechselten mit Handgranaten. Ueber die Zahl der Verwundeten und Toten ist nichts Bestimmtes zu erfragen. Man schätzt sie auf 6 bis 8 Tote und 13 Schwerverwundete. Nach Hamburger Morgenblättern begannen am Dienstag nachmittags in verschiedenen Stadtteilen, so in der inneren Stadt, auf St. Pauli und in Eimsbüttel, Plünderungen. Lebensmittelgeschäfte wurden gestürmt und alle möglichen Lebensmittel geraubt. Eine Kommission unter Führung eines Kommunisten verhandelte gestern Abend im Rathaus und forderte Feststellung darüber, wer den Befehl gegeben hatte, daß die Schutzleute, die Sicherheitsmannschaften und später die Wahrenfelder Volkswehr einzurücken hatten. Sie forderten strengste Bestrafung der Schuldigen. Wer den Befehl zum Feuern gegeben hatte, konnte nicht festgestellt werden. Jedenfalls war es der Kommandant von Hamburg, Lampel, nicht, der, obgleich er von der Menge angespien und blutig geschimpft wurde, seine Ruhe bewahrte. Er wurde später verwundet. Die Blätter melden auch, daß bereits am gestrigen Spätnachmittag ein Waffenladen in den Kolonnen gestürmt und ausgeraubt wurde. — Diese Entschuldigungen sind geradezu lächerlich: wenn die Menge plündert, dann kann eben nichts anderes helfen als Gewalt, oder aber man läßt den Dingen den Gang. Auf diese Weise kommen wir zu keiner Ordnung.

Zur Umsturzbewegung in Hamburg wird im „Vorwärts“ festgestellt, daß Hamburg sich in Spartakistenhand befindet. — Wie die „Rostocker Zeitung“ erfährt, ist, da die Kräfte der Hamburger Volkswehr zur Bekämpfung des Aufstandes nicht ausreicht, General von Kellow-Vorbeck beauftragt worden, mit einer größeren Abteilung nach Hamburg zu rücken, um dort die Ruhe wieder herzustellen.

Hamburg, 26. Juni. Nach den aus der Nacht vorliegenden Meldungen sind alle Regierungsgebäude in Hamburg durch die Aufständischen besetzt. Ein militärisches Einschreiten ist im Augenblick nicht möglich, da nicht genügend Truppen zur Verfügung stehen. Im Rathaus hat sich ein Zwölferrat gebildet, der die Regierungsmacht über Hamburg in Anspruch nimmt. Die Gefängnisse wurden eröffnet und die politischen Gefangenen befreit, sowie alle Gerichtsakten verbrannt. Von Seiten der Aufständischen sind um die Gefängnisse Geschütze aufgeschossen. Die Eisenbahnstationen im Innern der Stadt sind für den Verkehr gesperrt. Nach Berlin ist die Verbindung vorläufig intakt. Der Hauptbahnhof ist besetzt. Einzelne Angehörige der Reichswehr sind ermordet worden. Der Kampf hat auf beiden Seiten schwere Opfer gefordert, zumal die Spartakisten über eine Anzahl Geschütze verfügen.

Berlin, 26. Juni. Die erforderlichen Maßnahmen für Wiederherstellung der Ordnung in Hamburg sind eingeleitet.

Spartakistische oder polnische Anschläge.

(WZ.) Oppers, 25. Juni. Heute morgen wurde auf der Hauptstraße Oppers-Breslau der Versuch unternommen, die große Vorfußbrücke zwischen Oppers und Seppanowitz in die Luft zu sprengen. Morgens 3 1/2 Uhr rüdten an drei Brücken zugleich große Banden an. Den Wachmannschaften gelang es, die Angriffe durch Gewehrfeuer und Handgranaten abzuschlagen.

Der Herr Polizeipräsident.

(S. B.) Ein wirklich „tüchtiger“ Polizeipräsident war unter der Münchener Kommunistenregierung der Arbeiterrat Köberl. Man braucht nur Einsicht in seine Strafliste zu nehmen: Köberl wurde im Jahre 1903 wegen Verbrechen gegen die

Sittlichkeit zu 10 Tagen Gefängnis verurteilt. Vom Jahre 1903 bis 1907 stand er jedes Jahr, sogar zweimal im Jahre, wegen Betrugs, Diebstahls, Urkundenfälschung und Körperverletzung vor Gericht und wurde zu Freiheitsstrafen verurteilt. Im Jahre 1907 erhielt er wegen Diebstahls und Betrugs 1 Jahr und 7 Monate Gefängnis. Und dieser Mann war Vorsitzender des revolutionären Arbeiterrats und schließlich Münchner „Polizeipräsident“.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 26. Juni 1919.

Feststellungen.

* Zu unserem Artikel über den schweren Diebstahl im Hotel „Baldhorn“ sind uns drei Feststellungen zugegangen:

1. Die Leitung der Spöhrer'schen Höheren Handelsschule bittet uns, bekannt zu geben, daß sie mit dem Herrn Koch, der den Diebstahl im Hotel „Baldhorn“ ausführte, nicht das geringste zu tun habe, der Täter sei weder Schüler der Spöhrer'schen Handelsschule noch Mitglied der hauptsächlich aus Schülern der Anstalt bestehenden Tanzgesellschaft, er habe der Tanzveranstaltung nur als Gast beigewohnt.

2. Von einem Mitglied der betreffenden Tanzgesellschaft wird uns zur Sache folgende Erklärung zugestellt: Koch war verheiratet, und wurde mihunter, wenn es an Herren fehlte, in die Tanzstunde eingeladen. Er stammt aus Rothenburg, nicht aus Rottweil. Nach seinem Aussehen und Auftreten konnte man nicht vermuten, daß er solch ein Hochstapler war. Jetzt stellt sich auch heraus, daß er sich in der Umgebung als Offizier sehen ließ, trotzdem er es nicht war.

3. Schreibt uns der Besitzer des „Baldhorn“, daß die gestohlene Kasse nicht ihm gehörte, sondern dem Servierfräulein, das darin ihr Privatgeld und die Tageseinnahme aufbewahrt hat.

Unsere an den Vorfall angeknüpften Betrachtungen haben, wie wir zu unserm Bedauern erfahren mußten, persönliche und schriftliche Vorstellungen zur Folge gehabt, deren innere Berechtigung wir vom journalistischen Standpunkt aus ablehnen müssen. Es wurde in dem Artikel eine persönliche Spitze gegen die betreffende Tanzgesellschaft und sogar gegen die Handelschüler und Handelsschulen erklit. Dazu möchten wir bemerken, daß der Verfasser der Betrachtungen mit Absicht bei Kennzeichnung des Diebes verheimlicht hat, dessen berufliche Tätigkeit zu bezeichnen, und daß ihm auch weder die gesellschaftliche Zusammenfassung der Tanzstundengesellschaft noch deren Kraugänge bekannt waren. Eine Unterdrückung über derartige Neußerlichkeiten liegt auch u. E. nicht im Aufgabekreis einer Zeitung. Dagegen wird es jeder unbefangenen Urteilende psychologisch verständlich finden, wenn Betrachtungen allgemeiner Natur — und nur um solche handelt es sich in unserm Artikel — an spezielle Vorfälle geknüpft werden, die Anlaß geben, ungeliebte Zeitverhältnisse zu kennzeichnen. Wenn wir, wie uns ein Einsender zumutet, auf geschäftliche und gesellschaftliche Interessen Rücksicht nehmen sollen, dann bedeutet das in der Konsequenz die Einstellung jeder Kritik. Wir haben uns bisher erlaubt, an spezielle Vorfälle, wie Lebensmittelzurückhaltung, Wucherpreise auf allen Gebieten, unsinnige Streiks usw. Betrachtungen allgemeiner Natur zu knüpfen, und wir haben sicherlich dabei auch an manchen Stellen „Anstoß“ erregt, das hat uns aber nicht abgehalten, unsere Kritik weiter zu üben, und wir glauben auch nicht, daß die interessierten Kreise uns das so sehr verübelt haben.

In diesem Fall aber sind wir besonders erfreut, daß man unsere allgemeinen Betrachtungen, die man in der oder jener, satirisch oder ernst gehaltenen Form, in den letzten Monaten in jeder deutschen Zeitung gefunden hat, als persönliche Spitze und Gehässigkeit empfinden konnte. Die Betrachtungen entspringen augenscheinlich einem inneren Impuls, der angesichts der ersten Notlage unseres Vaterlandes das Bestreben zeigt, unserer Jugend Klar zu machen, daß die Leichtfertigkeit, die tatsächlich schon vor dem Kriege, noch mehr aber im Kriege eingewirren hatte, zu schlimmen Auswüchsen führen kann. Daß wir speziell den Erziehern und den Mitgliedern der betreffenden Tanzgesellschaft „Ermahnungen“ erteilen wollen, das können nur überempfindliche Gemüter aus diesem Artikel herausgelesen haben.

Bestübertragung.

Heinrich Weis, Wächter hier, kaufte das Wohnhaus des Werkführers Deuschle im Teufelweg um 29 000 M., und die Fuhrmannswitwe Marie Kalmbach von Altburg dasjenige des Küfermeisters Friedrich Schab in der Oberen

Marktstraße am 13 000 M. Deutzer hat schon vor einiger Zeit die dingliche Gastwirtschaft zur „Jungfer“ in der Biergasse von der Witwe Luise Loh käuflich erworben. Diese Wirtschaft ist seit März 1915 geschlossen und soll nun demnächst von dem neuen Besitzer wieder eröffnet werden. Die in seinem früheren Anwesen betriebene Molkerei will Schab ebenfalls in sein neues Heim verlegen unter entsprechender Erweiterung der Anlage.

Bildervortrag zu Gunsten der Kriegsblindenstiftung.

* Wir möchten auch an dieser Stelle auf den heute Abend im „Badischen Hof“ stattfindenden Bildervortrag des Herrn Handelsschullehrer Müller aufmerksam machen, den dieser zugunsten der Kriegsblindenstiftung veranstaltet. Der Veranstaltung ist im Hinblick auf den guten Zweck der Sache — handelt es sich doch um die Unterstützung der am härtesten getroffenen Kriegsinvaliden — ein entsprechender Erfolg zu wünschen. Den Besuchern steht auch zweifellos ein genussreicher Abend bevor; denn Herr Müller ist ein ebenso gewandter wie anregender Redner.

Soldatenräte haben keine Aufträge zu erteilen.

Geschäftsleute und Handwerker stützen Forderungen, die sie gegen militärische Dienststellen geltend machen, immer noch darauf, daß ihnen Aufträge von den Soldatenräten erteilt worden seien. Hierzu wird mitgeteilt: Die Soldatenräte sind militärischen Dienststellen angegliedert. Ihre Vertretung nach außen erfolgt daher lediglich durch diese. Die Tatsache, daß die Soldatenräte keinerlei Befugnisse ausüben dürfen, aus denen sich Rechtsverbindlichkeiten für den Zivis ergeben können, muß im allgemeinen Interesse weiteste Verbreitung finden.

(S. B.) Wetzheim, 24. Juni. Mit rund 3500 Erkrankungen und 212 Todesfällen kann jetzt die Typhusepidemie in Wetzheim als erloschen angesehen werden, da sich die meisten Erkrankten jetzt auf dem Wege der Besserung befinden. Es war die größte Epidemie, die je Wetzheim heimgesucht hat und in ihren Folgen auch die verhängnisvollste, gibt es doch vereinzelt Fälle, wo ganze Familien ausgestorben sind.

(S. B.) Stuttgart, 24. Juni. Nachdem am 13. März ein neuer Tarifvertrag mit dem Deutschen Transportarbeiterverband abgeschlossen worden war, hat die Firma Paul v. Maur in den letzten Tagen wiederum eine Lohnbewegung, da die Arbeiter und Fuhrleute eine weitere Teuerungszulage von 20 M wöchentlich auf die Tariflöhne forderten, und zwar rückwirkend ab 1. Mai 1919. Da die Forderungen durch die in letzter Zeit erfolgten Aufschläge für Fleisch, Milch, Gas, Kohle, notwendige Neuananschaffungen an Kleibern usw. begünstigt und nicht von der Hand zu weisen sind, wurde in einer am 18. Juni stattgefundenen Sitzung eine Zulage von 15 M wöchentlich, auszahlbar erstmals am 21. Juni, angeboten. Der Vorschlag wurde jedoch von dem Personal abgelehnt, worauf die Arbeitgeber den Schlichtungsausschuß anriefen, der am letzten Samstag den Schlichtungsbericht fertigte, daß auf die tariflich festgelegten Löhne eine Teuerungszulage von wöchentlich 20 M rückwirkend ab 1. Juni zu bezahlen ist. Daß derartige Teuerungszulagen auf die Allgemeinheit rückwirken müssen, ist unerlässlich; macht doch dieser Aufschlag, verbunden mit der all erwarrenden tariflichen Gehaltsregelung der Angestellten, allein für den Betrieb der Firma Paul v. Maur eine Mehrausgabe von 600 000 M. Hierzu kommen noch die Preise, die heute für die notwendigsten Futtermittel verlangt und bezahlt werden (für Heu 25 bis 30 M, für Kleehheu 35 M pro Ztr.), für Pferde, wie sie die Firma benötigt, müssen 12 000 M pro Stück angelegt werden. Die Firma wird daher gezwungen sein, im Fuhrgewerbe wieder ganz bedeutende Aufschläge anzusetzen. Es ist aber lobend zu erwähnen, daß die Arbeiter und Fuhrleute des Transportgewerbes sich an den seit der Revolution stattgefundenen Streiks und Arbeitseinstellungen bisher niemals beteiligt haben.

(S. B.) Urach, 22. Juni. Gestern nachmittags um 5 Uhr brach aus bis jetzt unaufgeklärte Weise in der Mechanischen Flachspinnerei von Kolb und Schüle Feuer aus. Abgebrannt sind sämtliche Magazine und Kontorräume, sowie verschiedene große Schuppen, während das Fabrikgebäude selbst unbeschädigt blieb. Ungeheure Mengen von Flachstoffstoffen sind dem verheerenden Element zum Opfer gefallen. Der Schaden beträgt nach dem Friedenswert 320 000 M., nach dem heutigen Entschädigungswert jedoch etwa 1 Million M. Die Wiederherstellungskosten werden sich auf 1 1/2 Millionen belaufen. Das Feuer findet immer noch reiche Nahrung in den Rohstoffen.

Für die Schriftl. verantwortlich: Otto Selmann, Calw. Druck und Verlag der A. Bishliger'schen Buchdruckerei, Calw.

**Städtische
Lebensmittel-Versorgung.**

Die auf Buttermarke Nr. 4 bestellte
Butter kann abgeholt werden.

Stadtschultheißenamt Calw.

Die Gastwirte, Pensionsinhaber usw. werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie ihre

Kur- und Uebernacht-Gäste

am 1. jeden Monats, erstmals auf 1. Juli, beim Stadtschultheißenamt

anzumelden haben.

Die Anmeldevordrucke können daselbst abgeholt werden. Da die Lebensmittelzuweisungen auf Grund dieser Anmeldungen erfolgen, liegt es im Interesse der Wirte usw. die Meldungen genau und vollständig zu erstatten.

Calw, den 26. Juli 1919.
Stadtschultheißenamt: G ö h n e r.

**Forstamt Hirsau.
Stangen - Verkauf.**

Am Freitag, den 4. Juli 1919 nachmittags 4 Uhr im Schwaben in Hirsau aus Staatswald Lützenhardt Abt. 3 Rohstich Fichten: 360 Bau- stangen I.—III. Kl., 766 Hag- stangen I.—III. Kl., 970 Hopfenstangen I.—IV. Kl., Tannen: 7 Baustangen I. Kl. Losverzeichnisse durch Forst- direktion, G. f. H., Stuttgart.

Verlaufen

hat sich ein junger Forstterrier auf den Namen „Mag“ gehend. Nähere Auskunft erbittet Bahnwärter Bächlein, Calw, Kapellenberg.

Henne

schwarz-weiß, verlaufen, abzugeben
Felderstraße 66.


**Schwarzwaldverein
Calw.**

Am Sonntag, den 29. Juni
Wanderung

über Hirsau, Erntmüller Platte und Weinberg nach Liebenzell.
Abgang 1/2 Uhr vom Brühl.
Bentel.

**Neue
Mietverträge**

sind im Kontor dieses Blattes erhältlich.

Bekanntmachung.

Infolge andauernder Steigerung der Materialen, Löhne und sonstigen Unkosten sieht sich der Verband genötigt, mit Wirkung vom 1. Juli d. J. ab

eine Erhöhung

der seit 1. August 1917 gültigen

Strompreise

eintreten zu lassen, was hiermit unsern Abnehmern zur Kenntnis gebracht wird. Der neue Tarif liegt auf den Rathhäusern und bei den Ortsagenten zur Einsichtnahme auf.

Station Teinach, den 23. Juni 1919.
**Gemeindeverband Elektrizitätswerk
Teinach-Station (G. E. L.)**

Calw/Stuttgart, den 26. Juni 1919.
 Statt jeder besonderen Anzeige!
Todes-Anzeige.

+

Teilnehmenden Verwandten, Freunden und Bekannten geben wir die schmerzliche Nachricht, daß unsere liebe Mutter und Großmutter

Frau Marie Walz,
 geb. Blaid,

heute Vormittag im Alter von 78 Jahren nach kurzer Krankheit sanft in dem Herrn entschlafen ist. Um stille Teilnahme bitten

namens der trauernden Hinterbliebenen:
 die Tochter: **Christine Walz.**
 Beerdigung Freitag Nachmittag 5 Uhr vom Krankenhaus.

Traner-Druckmaschinen liefert rasch, sauber und preiswert die Druckerei dies. Blattes.

Oberamts Sparkasse Calw.
 Wegen Hauptreinigung der Kassenräume bleibt die Oberamts Sparkasse am nächsten **Freitag geschlossen.**
 Den 24. Juni 1919.
 Kassier Bommert.

Fahrnis-Versteigerung.
 Wegen Entbehrlichkeit verkaufe ich am Samstag, den 28. Juni, Nachmittags 2 Uhr im Hause des Herrn Privatier Seeger, Bahnhofstraße gegen Barzahlung:

1 Saloneinrichtung (1 Plüschsofa, Fauteuil u. 4 Sessel), verschied. Tische, Nippische, 2 Kästen, 2 Kinderbettlädle, Kinderfessel, Kinderwagen, 6 Sessel, 1 Schreibpult, Reisekoffer, Hundshütte, Pflanzenpresse, Schlitten, Kübel, 1 Krautstande, Bilder und Spiegel, Ständer, Lampen, 1 Nähmaschine, sowie 1 Zimmermannshandwerkzeug.

Liebhaber sind eingeladen.
 Stadlinventierer Kolb.

Keine Wange mehr für 2 Mk.
 nur mit Kammerjäger Berg's Nicobaal 1 u. II zu erzielen. Jetzt beste Zeit zur Brutvernichtung. Erfolg verblichend. Rinderleicht anzuwenden. Gesehlt geschäft. Viele Dankschreib. Doppelpack. 2 Mk. Ausreichend für 1-3 Zimmer und Betten.
 Alleinverkauf: Drog. C. Huthkeiser.
 Bei Einwendung von Mk. 2.40 oder Postcheckkonto Berlin 31 286 portofr. Zus. durch Herrn. H. Groedel, Berlin, Königgräberstraße 49.

Landwirte
 ihre kaufen bei **Max Zucker** Maschinen-Handlung Weilderstadt. Eigene Reparaturwerkstätte. Grosses Lager.
Ersatzteile am Besten

Kräftige Tabakpflanzen,
 mehrere Sorten gemischt und Maryland allein, 100 Stück 10 Mk., empfiehlt
 Chr. Hügel, Handlungsgärtner.
 Nähfabriken, schwarz und weiß, beste Zellstoffware, 10 Rollen 10 Mk., 4 Proberollen M. 4.40. D. Flügge, München 45/82.

Haararbeiten
 fertigt rasch und billig
 J. Obermatt Friseurmeister Calw.
Neue Verzeichnisse der Fernsprechanstalten
 sind im Kontor des Blattes, das Stück zu 50 Pfennig, zu haben.

Landfrauen! Die Lebensmittel in der Stadt sind immer noch außerordentlich knapp.
 Eines der wenigen Nahrungsmittel, welches frei ist, ist der **Lukeleskäs.**
 Liefert darum jedes entbehrliche Quantum an den Landwirtschaftl. Hausfrauen-Verein.
 Die Frauen und Kinder der Stadt werden Euch dankbar sein.
Landw. Hausfrauen-Verein.

Spöhrer'sche Handelsschule.
 Neuaufnahmen (auch für Mädchen) am 1. Juli.
 Die Schulleitung.

Zum Austragen unserer Zeitung
 suchen wir auf 1. Juli eine geeignete Frau.
 Bewerbungen wollen auf unserer Geschäftsstelle gemacht werden.

Ein Mädchen,
 welches das Kochen zu erlernen wünscht, findet sofort gute Stellung. Näheres zu erfragen
 Cafe Wurster, Calw.

Laufmädchen
 auf 1. Juli gesucht.
 Näheres in der Geschäftsstelle des Blattes.

Mädchen
 zur täglichen Mithilfe im Haushalt gesucht.
 Frau Ingenieur Preußger, Blüchhoffstraße 45B.

Lehrlings-Gesuch.
 Ein Junge, der Lust hat die Bäckerei zu erlernen, findet gute Lehrstelle und kann sofort eintreten bei
 Georg Walz, Bäckermeister, Pforzheim, Güterstr. 63.

Mädchen
 für Fremdenzimmer und Hausarbeit z. 15. Juli gesucht.
 Angebote mit Bild und Zeugnisabschriften erbeten an
 Pension Arnold, Schöenberg bei Wildbad.

Dreher Flaschner Revolver-Arbeiter
 gesucht.
 Haas & Flohr Unterreichenbach.

Mädchen
 gesucht mit gutem Zeugnis, Lohn Mk. 50.
 Frau Weigle, Karlsruhe, Karlsstraße 47.

Privat-Unterricht im Französischen.
 Angebote unter A 100 an die Geschäftsstelle des Blattes erbeten.
 Eine gut erhaltene **Rinderbettlade** mit Matratze hat zu verkaufen
 Nonnengasse 139.
 Oberreichenbach.
 Unterzeichneter hat einen schönen Rest geschlagenes **Bauholz** zu verkaufen.
 Fr. Kirchner, z. Hirsch.

Mädchen,
 auch Waise, findet in kl. Familie gute Stelle.
 Frau Hoffmann, Durlach (Baden), Fehlfstraße 6.

Röchin.
 Zu alsbaldigem Eintritt wird tüchtige Röchin, welche den gegenwärtigen Verhältnissen entsprechend gut kochen kann, in ein Erholungsheim gesucht. Angebote mit Zeugnisabschriften und Angabe der Gehaltsansprüche unter F. R. 4644 an Rudolf Mosse, Karlsruhe i./B.

Kriegsblinden-Stiftung.
 „Der Quell des Sehns ist ausgestossen, das Licht der Sonne schaut er niemals wieder!“
 (Fr. v. Schiller: Willy. Tell.)
 Heute Donnerstag, 26. Juni, abends 8 Uhr
Lichtbilder = Vortrag
 „Fr. W. Weber und sein Werk „Dreizehnlinden!“ von Aloys Müller
 im großen Saale des „Bäbischen Hofes“.
 Eintrittspreis: 0.50 Mk., der freien Wohlthätigkeit wird unbeschränkter Spielraum gelassen.

Allh. ngstett. Dankagung.
 Für das rasche und energische Eingreifen der hiesigen Feuerwehr, sowie der ganzen Einwohnerschaft für ihre schnelle Hilfe anlässlich unseres Brandunglücks sagen wir auf diesem Wege unseren herzlichsten Dank. Ebenso herzlich danken wir der Calwer Feuerwehr für ihr rasches Erscheinen.
 Karl Kömpf, Familie Chr. Aik.

Neue Fahrpläne für den Oberamtsbezirk Calw
 sind in der Geschäftsstelle ds. Bl. das Stück zu 20 Pfg. erhältlich.


 Schutzmarke.
Keine Getrankenoll!
 Machen Sie Ihr Haus-Getränk aus dem seit langen Jahren tausendfach bewährten **Heinen's Trankextract** (Kunstmostsubstanzen).
 Ohne künstlichen Süsstoff wozu Zucker nötig, ergibt ein alkoholfreies Getränk wie richtiger Apfel-Most.
 150 Ltr. 100 Ltr. 50 Ltr.
 M 18.- M 12.50 M 6.50
 mit künstlichem Süsstoff ergibt ein alkoholfreies obstweihnähnliches Getränk
 150 Ltr. 100 Ltr. 50 Ltr.
 M 20.- M 14.- M 7.50
 Flaschenpland für alle Grössen 50 Pfg.
 Erhältlich in Drogen und Kolonialwarengeschäften, Konsumvereinen u. s. w. Weitere Niederlagen werden errichtet.
Heinen's Trankextract-Fabrik Pforzheim.

Sedelmaier, Schneider,
 Lederstraße 168.
 Anfertigen sämtl. Herren-Garderobe sowie Wenden, Aufbügeln, Ausbessern.
 Auch Damen- und Kinderkleider werden angenommen.
 Pünktliche Bedienung, billige Preise.

Lang Lehrbuch
 lehrt alle modern. Tänze. M. 2.50.
 Ufa Verlag München 23/60.
 Ein 5 Monate altes **Zucht-Rind** verkauft, unter 2 die Wahl,
 H. Weiß, Wagner, Allh. ngstett.
 Einen Wurf **Milch-Schweine** verkauft am Freitag Mittag 1 Uhr
 Karl Koller, zur Krone, Stammheim.

Mittellungen Rundschreiben Preislisten
 liefert die Druckerei dieses Blattes.

2 Bluthennen mit je 9 Jungen verkauft
 Jakob Weiß, b. Friedhof.

Einfamilien-Haus
 mit 6-7 Zimmer, Elektr. Licht und größerem Obstgarten, wird sofort zu kaufen gesucht od. auch Miete per sofort oder 1. Oktober. Angebote mit Preisangabe und Größe bitten man auf der Geschäftsstelle des Bl. abzugeben.